

469359-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Straßenbauarbeiten – EGNZW Knotenpunkte Merler Str.

OJ S 129/2026 08/07/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Bauleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Entwicklungsgesellschaft Neue Zeche Westerholt mbH

E-Mail: info@egnzw.de

Rechtsform des Erwerbers: Öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: EGNZW Knotenpunkte Merler Str.

Beschreibung: Gegenstand der Ausschreibung ist der Bau einer neuen signalgeregelten Einmündung an der Marler Straße L502 samt Baustraße sowie der barrierefreie Ausbau am signalisierten Knotenpunkt Marler Straße L502/ Valentinstraße/ Egonstraße in Gelsenkirchen. Der Ausbau des neuen Knotenpunktes an der Zufahrt zur ehemaligen Zeche Westerholt beginnt nördlich des Brückenbauwerks B4308572 über die Bahnlinie (Abschnitt Nr. 1 ca. Station 1+170.000) und erstreckt sich über die Ortsdurchfahrtsgrenze bis zur angrenzenden Bebauung (Hs.Nr. 120 ca. Station 1+890.000). Diese Ausschreibung ist Teil eines Förderprojektes der Entwicklung der „Neuen Zeche Westerholt“.

Kennung des Verfahrens: 5efe56c3-0ea1-4bf2-83d1-35a26bd2787f

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen

Haupteinstufung (cpv): 45233120 Straßenbauarbeiten

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Gelsenkirchen, Kreisfreie Stadt (DEA32)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vob-a-eu -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Gefordert ist eine Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen und die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Abs. 1 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (MiLoG), § 22 des

Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG), § 21 des Gesetzes über zwingende Arbeitsbedingungen für grenzüberschreitend entsandte und für regelmäßig im Inland beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (AEntG), § 98c des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) und § 21 des Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetzes (SchwarArbG) nicht gegeben sind. Außerdem wird eine Eigenerklärung zu RUS-Sanktionen gefordert. Im Falle einer Bietergemeinschaft muss jedes Mitglied der Bietergemeinschaft die Erklärungen abgeben. Im Falle einer Eignungsleihe muss das eignungsleihende Unternehmen zusätzlich zu dem Bieter die Erklärungen abgeben.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: EGNZW - Knotenpunkte Marler Str.

Beschreibung: Gegenstand der Ausschreibung ist der Bau einer neuen signalgeregelten Einmündung an der Marler Straße L502 samt Baustraße sowie der barrierefreie Ausbau am signalisierten Knotenpunkt Marler Straße L502/ Valentinstraße/ Egonstraße in Gelsenkirchen. Der Ausbau des neuen Knotenpunktes an der Zufahrt zur ehemaligen Zeche Westerholt beginnt nördlich des Brückenbauwerks B4308572 über die Bahnlinie (Abschnitt Nr. 1 ca. Station 1+170.000) und erstreckt sich über die Ortsdurchfahrtsgrenze bis zur angrenzenden Bebauung (Hs.Nr. 120 ca. Station 1+890.000). Im bestehenden viertstreifigen Querschnitt werden die vorhandenen Bordfluchten überwiegend beibehalten und ein neuer Trichter für den Anschluss der Zufahrt zur Fläche der ehemaligen Zeche Westerholt erstellt. Hierfür sind ca. 1700 m² Fahrbahnlfläche im Asphalt-Vollausbau (Bk10) herzustellen. Über eine Länge von ca. 100 m entfällt dabei ein Fahrstreifen und wird zu einer Trenninsel mit Baumpflanzungen umgebaut. Für eine neue Fahrstreifenaufteilung sind ergänzende Deckensanierungen (1.200 m²) in der Marler Straße durchzuführen. Der gesamte Ausbaubereich ist nach den Standards von Straßen.NRW barrierefrei auszubauen (2.400 m²) und vorbereitende Tiefbauarbeiten für die spätere Einrichtung der Signalanlage sind erforderlich. Im Rahmen der Entwässerungsplanung der EG NZW ist ein Notüberlauf mit Anschlusskanal an den vorhandenen öffentlichen Kanal herzustellen. Angrenzend an den Voll ausgebauten Trichter erfolgt der Bau einer Baustellenzufahrt auf die Fläche des Holzlagerplatzes der ehemaligen Zeche. Die erforderlichen vorbereitenden Erdarbeiten sind nicht Teil der Ausschreibung. Der barrierefreie Ausbau des bestehenden Knotenpunktes Marler Straße L502/ Valentinstraße/ Egonstraße erfolgt überwiegend in Pflasterbauweise (ca. 650 m²) im Seitenraum. Der Ausbaubereich für den Tiefbau erstreckt sich dabei bis an bereits neu hergestellte Flächen heran. Zu berücksichtigen sind hier die barrierefreien Standards der Stadt Gelsenkirchen. Teil der Ausschreibung sind ebenfalls die Verlegung von Leerrohren und vorbereitenden Arbeiten für die spätere Einrichtung der neuen Signalanlage.

Interne Kennung: LOT-0001 E95459598

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen

Haupteinstufung (cpv): 45233120 Straßenbauarbeiten

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Gelsenkirchen, Kreisfreie Stadt (DEA32)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 18 Wochen

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung zum Umsatz mit Angaben zum Umsatz über vergleichbare Leistungen unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen aus den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren oder durch Verweis auf die geforderten Umsatzangaben im Präqualifikationsverzeichnis durch Angabe der Nummer im Angebotsformblatt, soweit die Umsätze dort hinterlegt sind.

Vergleichbare Leistungen sind Bauleistungen. Mindestanforderung: Der Umsatz mit vergleichbaren Leistungen unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen muss in jedem Jahr mindestens 1.500.000,- € netto betragen haben. Im Falle einer Bietergemeinschaft ist es ausreichend, wenn mindestens ein Mitglied der Bietergemeinschaft die geforderte Erklärung erbringt bzw. die Mitglieder der Bietergemeinschaft die Anforderungen gemeinsam erfüllen. Beruft sich ein Bieter hinsichtlich der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit auf Erklärungen/Nachweise eines Drittunternehmens (Eignungsleihe), muss der Bieter zusätzlich einen Verfügbarkeitsnachweis des Drittunternehmens (z.B. auf Formblatt Verpflichtungserklärung) beifügen. In diesem Fall wird eine gemeinsame Haftung des Bieters und des anderen Unternehmens für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe verlangt.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Nachweis über eine bestehende Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme für Bauleistungen in Höhe von mindestens 5 Mio. Euro für Personenschäden und mindestens 2 Mio. Euro für Sach- und Vermögensschäden, jeweils jährlich zweifach maximiert und eine Versicherung für Leitungsschäden mit einer Deckungssumme von mindestens 1.000.000 Euro je Schadensfall oder Eigenerklärung, mit welcher für den Zuschlagsfall der Abschluss einer den Anforderungen entsprechenden Versicherung zugesagt wird. Im Falle einer Bietergemeinschaft ist es ausreichend, wenn mindestens ein Mitglied der Bietergemeinschaft die geforderte Erklärung erbringt bzw. die Mitglieder der Bietergemeinschaft die Anforderungen gemeinsam erfüllen. Beruft sich ein Bieter hinsichtlich der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit auf Erklärungen/Nachweise eines Drittunternehmens (Eignungsleihe), muss der Bieter zusätzlich einen Verfügbarkeitsnachweis des Drittunternehmens (z.B. auf Formblatt Verpflichtungserklärung) beifügen. In diesem Fall wird eine gemeinsame Haftung des Bieters und des anderen Unternehmens für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe verlangt.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Arbeiten

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung mit prüffähigen Angaben zu mindestens zwei Referenzprojekten zu Straßenbauarbeiten mit einem Auftragsvolumen von jeweils

mindestens 500.000,- € netto im Bereich Straßenbau einschließlich Begleitarbeiten (Erdarbeiten und Leitungsbau), die nach dem 31.12.2020 abgeschlossen wurden oder Verweis auf einen Eintrag im Präqualifikationsverzeichnis durch Angabe der Nummer im Angebotsformblatt. Die Verwendung des der Ausschreibung beigegefügt Formblatts für Referenzen ist nicht verpflichtend. Bei Angabe einer Präqualifizierung im Angebotsformblatt ist vom Bieter vor Angebotsabgabe zu prüfen, ob die im Präqualifikationsverzeichnis hinterlegten Referenzen den Mindestanforderungen entsprechen. Sollte dies nicht der Fall sein, muss der Bieter die den Anforderungen entsprechenden Referenzprojekte im Angebot angeben. Eine Nachreichung weiterer Referenzen nach Angebotsabgabe ist nicht zulässig. Im Falle einer Bietergemeinschaft ist es ausreichend, wenn mindestens ein Mitglied der Bietergemeinschaft die geforderte Erklärung erbringt bzw. die Mitglieder der Bietergemeinschaft die Anforderungen gemeinsam erfüllen. Beruft sich ein Bieter hinsichtlich der technischen Leistungsfähigkeit auf Erklärungen/Nachweise eines Drittunternehmens (Eignungsleihe), muss der Bieter zusätzlich einen Verfügbarkeitsnachweis des Drittunternehmens (z.B. auf Formblatt Verpflichtungserklärung) beifügen.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Preis

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 100

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E95459598>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E95459598>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 06/08/2026 12:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 56 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit dem Angebot gefordert war, werden unter Beachtung des § 16a EU VOB nachgefordert.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin: 06/08/2026 12:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja
Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Westfalen

Informationen über die Überprüfungsfristen: Die Vergabestelle weist ausdrücklich auf die Rügeobliegenheiten der Bieter sowie die Präklusionsregelungen gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 bis 4 GWB bzgl. der Behauptung von Verstößen gegen die Bestimmungen über das Vergabeverfahren hin. Die Rügeobliegenheit ist Zulässigkeitsvoraussetzung für die Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens (§ 160 Absatz 3 Satz 1 GWB). Durch die Rüge soll dem öffentlichen Auftraggeber die Gelegenheit gegeben werden, die Rechtmäßigkeit seines Vergabeverfahrens überprüfen und etwaige Vergabefehler beheben zu können. Soweit der Bieter Verstöße gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkennt, hat er sie innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gegenüber dem öffentlichen Auftraggeber zu rügen. Sind Vergabeverstöße aufgrund der Bekanntmachung erkennbar, sind diese bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Angebotsabgabe zu rügen. Erkennbare Verstöße in den Vergabeunterlagen müssen spätestens bis zum Ablauf der Angebotsfrist gerügt werden. Teilt der öffentliche Auftraggeber dem Bieter mit, dass seiner Rüge nicht abgeholfen wird, muss der Nachprüfungsantrag innerhalb von 15 Kalendertagen ab Eingang der Mitteilung über die Nichtabhilfe beim Bieter bei der zuständigen Vergabekammer eingereicht werden.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Entwicklungsgesellschaft Neue Zeche Westerholt mbH

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt:

Entwicklungsgesellschaft Neue Zeche Westerholt mbH

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Entwicklungsgesellschaft Neue Zeche Westerholt mbH

Organisation, die Angebote bearbeitet: Entwicklungsgesellschaft Neue Zeche Westerholt mbH

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Entwicklungsgesellschaft Neue Zeche Westerholt mbH

Registrierungsnummer: Amtsgericht Gelsenkirchen HRB 16 112

Postanschrift: Egonstr. 12

Stadt: Gelsenkirchen

Postleitzahl: 45896

Land, Gliederung (NUTS): Gelsenkirchen, Kreisfreie Stadt (DEA32)

Land: Deutschland

E-Mail: info@egnzw.de

Telefon: +492091696958

Internetadresse: <https://www.neue-zeche-westerholt.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt
Organisation, die Angebote bearbeitet

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Westfalen
Registrierungsnummer: Leitweg-ID 05515-03004-07
Postanschrift: Albrecht-Thaer-Straße 9
Stadt: Münster
Postleitzahl: 48147
Land, Gliederung (NUTS): Münster, Kreisfreie Stadt (DEA33)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@brms.nrw.de
Telefon: +49 251411-1604
Fax: +49251 4112165
Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0005

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 7e95c820-60e5-4ec2-a42a-5793188e26ca - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 06/07/2026 16:14:05 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 469359-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 129/2026
Datum der Veröffentlichung: 08/07/2026